

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. für jede Spalte mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Kantons-Expeditionen angenommen. Bestanden die Zeile 75 Pfg. Erstickt vollständig; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Begehungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich: **Ray & Schare** in Halle.
Verlagsnummern von 107, Nr. 12*, Nr. [Gesamtpreis: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Nr. 186. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 22. April 1903.

In jedem Lesezimmer, in jeder Wirtschaft und in jeder Familie

sollte das größte politische, zweimal täglich erscheinende Organ liberaler Richtung für ganz Mitteleuropa, die

Saale-Zeitung

verfälscht sein. Diese gut, schnell und zuverlässig bestehende, sorgfältig und übersichtlich zusammengestellte Tages-Zeitung konzentriert in Bezug auf Schmeichelei der Berichterstattung und hinsichtlich ihrer Reichhaltigkeit mit den großen Berliner Zeitungen, und darf sich rühmen, insbesondere auch bezüglich des kommunalen und Unterhaltungsstoffs unerreicht dazustehen.

Probe-Abonnements für die Monate Mai und Juni

nehmen anwärts alle Postämter und Briefträger zum Preise von M. 2.17, in Halle die Expedition und Aussträger zu M. 1.70 bei täglich einmaliger, M. 1.90 bei täglich zweimaliger Zustellung entgegen.

Expedition der Saale-Zeitung,
Halle a. S., Große Brauhausstraße 17.

Gesetzesmacherei.

Eine der charakteristischsten Erscheinungen unserer Zeit ist es, daß sich über weite Kreise ein Gefühl der Rechtsunsicherheit verbreitet hat, wie es je zuvor kaum zu verzeichnen gewesen ist. Der Rechtsunsicherheit nicht etwa deshalb, weil die Rechtsprechung der Gerichte sich bisweilen auf Bahnen bewegt, denen der gewöhnliche Laienverstand, mag er auch noch so gesund und klarhändig sein, nicht immer zu folgen vermag, sondern weil die Urteile der Gerichte selbst oft in einer und derselben Sache diametral auseinandergehen und selbst von den höchsten Gerichtshöfen nicht selten Entscheidungen gefällt werden, die die Frage, was denn nun eigentlich rechtens ist, durchaus offen lassen. So hat das Reichsgericht mehrfach schon direkt entgegen eigenen früheren Urteilen entschieden und die Fälle sind gar nicht selten, in denen das Kammergericht in ein und derselben Sache das Ober-Verwaltungsgericht und umgekehrt dieses das Kammergericht desavouiert. Und doch sind beides die höchsten Gerichtshöfe in Preußen, die letzten Instanzen also für den Reichsherrn, das Kammergericht hinsichtlich aller Angelegenheiten, deren erste Instanz die Amtsgerichte bilden, das Ober-Verwaltungsgericht aber, die an sich vorzügliche Institution, für alle Freiheiten und Beschwerden, die sich auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes ergeben.

Das Rechtsunsicherheitsgefühl, so wie es den letzten Jahren leider nachgelagert werden muß, in größerer Zahl auftreten, dem öffentlichen Leben nicht zum Vorteil gereichen, steht ohne weiteres fest. Sind sie an sich schon geeignet, das Ansehen unserer Rechtsprechung nach einer durchaus nicht unwürdigen Richtung hin zu tangieren, so erzeugen sie auf der anderen Seite auch zu leicht in der Bevölkerung ein Gefühl der Mißbilligung und Unzufriedenheit, dem die Regierung als verordnende Gewalt und die Parlamente als gesetzgebende Körperschaften schon um deswillen Rechnung tragen sollten, weil sie sich leicht auch auf andere Kreise und andere Erscheinungen unseres Staatslebens verpflanzen und sich ergießen in den Boden bereiten für die destruktiven Organismen, die seitens gewisser Parteien fortgesetzt ausgeübt werden und ihnen — das beweist die ganze gegenwärtige innerpolitische Situation — nur zu schädliche Früchte bringen. Einer der hauptsächlichsten Gründe, aus denen diese Rechtsunsicherheit herrührt, ist zweifellos der Eifer, mit dem bei uns heututage Gesetze gemacht werden. In keinem anderen konstitutionellen Staate der Erde wohl ist die Gesetzgebungsmaschine derart unangesehnt an der Arbeit, wie im Deutschen Reiche und in Preußen, von keinem anderen Lande aber auch wird die deutsch-preussische Gesetzgebung als Pflichtigkeit und recht oft auch ein Sinnbild der Überflüssigkeit. Die Urachen sind nicht allzu schwer zu ergründen. Sie liegen einerseits in unserem zerstückelten Parteiwesen, zum anderen in der Art, wie unsere Gesetze vorbereitet und entworfen werden. Das Buhlen um die Gunst der Massen treibt die Parteien dazu, im Parlamente durch möglichst viele Initiativ-Anträge, die auf den Erfolg neuer Gesetze hinabzuarbeiten, und durch Duzende von Amendements zu den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfen ihre „Förderung“ für das Volk zu bekunden; bei der Fülle des Stoffes kann es dann gar nicht ausbleiben, wenn die gesetzgebenden Körperschaften, oft nur durch ein halbes Echo Abgeord-

meter repräsentiert, zuweilen über die weittragendsten Gesetzentwürfe hinweggehen, als handle es sich um eine Art Polizeiverordnung, die jeden Tag durch einen Federstrich wieder aufgehoben werden kann. Die Sucht zu amendieren, d. h. die einzelnen Bestimmungen eines Entwurfes zu verändern oder zu verbessern, sie auszubilden oder einzuschränken, führt dann recht oft zu jenen verzwickten Gesetzen, bei denen das Gegenteil von Logik und Klarheit sowie Zieldeutigkeit und Ausdehnungsfähigkeit oft den ganzen rechtlichen Effekt aufheben. Das seit nun fast zwei Jahren im Schwunge befindliche Gesetz über das Urheberrecht mit seiner geradezu beispiellosen Rechtsverwirrung, die es in die Kreise derer getragen hat, die es angeht, ist der sprechendste Beweis hierfür, und die bisher auf Grund dieses Gesetzes gemachten Erfahrungen sollten der Regierung eine Mahnung sein, in der Vorbereitung solcher das öffentlich-rechtliche Leben berührender Gesetze in Zukunft weniger den grünen Tisch als die Praxis zu Worte kommen zu lassen und vor allem den Kreis derer, die zu einer gutachtlichen Beurteilung herangezogen werden, nicht zu eng zu umschreiben.

Aber auch die gesetzgebende Tätigkeit, welche die Verwaltungsbekörden im Verordnungswege entfalten, gibt im Interesse der Rechtsicherheit zu recht großen Bedenken Veranlassung. In neuerer Zeit haben sich die Fälle ganz außerordentlich in dem das Kammergericht diese oder jene Verordnung eines Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten oder Polizeiverwalters für ungültig erklären muß, weil die verwendenden Behörden damit über den Kreis ihrer Befugnisse hinausgegangen sind und in die Materie hineingegriffen haben, deren gesetzliche Regelung dem Staate obliegt und durch diesen zumifast schon erfolgt ist. Dazu kommt dann noch, daß die Verordnungen der Verwaltungsbekörden recht häufig direkt den widersprechen, was bereits durch das Gesetz festgelegt ist, und die Folge davon ist dann immer, daß dem Einzelnen, der sich folgedessen vor den Widerspruch zwischen der Verordnung und der geltenden Gesetzgebung stellt, Aufregung und Verdruß, gerichtliche Schereereien und um Ueberflüssig oftmals auch noch pecuniäre Nachteile erwachsen. Daß das alles nicht wog angetan sein kann, im Volke das Vertrauen zur Verwaltung und Gesetzgebung zu erhöhen, ist nur zu natürlich, und wir gehen gewiß nicht zu weit, wenn wir meinen, daß es für den Staat von geradezu vitalem Interesse ist, hier Remedur zu schaffen. Den Ausführungen bedürfen muß klar gemacht werden, daß es durchaus nicht ihres Amtes ist, den Gesetzgeber zu spielen, sondern, daß sie lediglich beschränkt sind, über die Ausführung der Gesetze und Verordnungen zu wachen, daß der Staatsbürger nicht um ihre Willkür, sondern die der Bürger halber da sind und deshalb jegliche Neigung, diesen in seiner freien Bewegung und Betätigung zu behindern, zu unterdrücken haben. Dann wird allmählich auch die neuerdings gewiß nicht ohne Grund und immer lebhafter auftretende Klage, daß die Entscheidung öffentlicher, bürgerlicher und strafrechtlicher Rechtsstreitigkeiten eine ungebührlich lange Zeit in Anspruch nimmt, weil die einzelnen Instanzen, bis zu den jetzt entscheidenden hinauf, überlastet sind, verstanden, und der Staat hat nicht nötig, seine Gerichtswesen immer mehr zu teilen und so den Boden zu verbreitern, auf dem die sich entgegenstehenden Rechtsansprüchen und Erkenntnisse erheben.

Natürlich soll mit all diesen Ausführungen keineswegs gesagt sein, daß die gesetzgebenden Körperschaften um jeden Preis bemüht sein sollen, die Zahl der gesetzlichen Vorschriften zu vermehren. Im Gegenteil: wo sich das Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung irgend einer Materie zeigt, da muß ihm nach wie vor entsprochen werden, aber man soll mit mehr Bedacht an die Regelung herangehen und den Effekt, den sie notwendigerweise haben muß, sorgfältig abwägen, die so es angeht, über ihre beruflichen Vertretungen, eindringlich betragen und nur das Resultat dieser Verhandlungen, nicht aber die Weisheit des grünen Tisches in das Gesetz hineintragen. Dann wird man auch, wenn im Parlamente ebenfalls mit etwas weniger Eifer und mehr Ueberlegung verfahren wird, davor verhindert bleiben, schlechte, lächerliche und unklare Gesetze zu machen, die doch nur die eine Wirkung haben können, daß sie die Autorität des Staates schädigen und die Volksmassen mit Verdruß gegen die staatlichen Gewalten erregen. Gesetze aber, die als solche und dem Rechtsbewußtsein oder der Volkserziehung nachteilig erkannt sind, sollte man sobald als möglich ändern, denn der Standpunkt, den unlängst der Kandidat der vereinigten rechtslebenden Parteien in unserem Wahlkreis Halle in seiner Programmrede vertrat, daß ein Gesetz nicht abgeändert werden dürfe, weil es eben Gesetz ist, ist einfach unhaltbar. Es verlohnt gegen alle Regeln der Logik und alle Gepflogenheiten der Gesetzgebung von grauer Zeit herüber bis auf den heutigen Tag, ein für schlecht erkanntes Gesetz muß verbessert werden; das ist sittliche Pflicht des Staates sowohl wie des Gesetzgebers.

Deutsches Reich.

Bahndarstellungen.

Die „Kreuzzeitung“ geht mit großer Entschiedenheit gegen die immer mehr einwirkende Stille bürgerlicher Bahndarstellungen vor, die sie als Zeichen der grenzenlosen Berührtheit der

bürgerlichen Parteien brandmarkt. Ueberall würden derartige Bahndarstellungen aufgestellt, selbst in solchen Wahlkreisen, in denen die dadurch bedingte Verschlechterung der Stimmen nur dazu dienen könnte, der Sozialdemokratie einen Erfolg zu verschaffen, der sich nicht leicht verhindern ließe. Diese Ausführungen sind durchaus treffend, obgleich sie selbst auf die konservative Partei auch angewandt werden können, die beispielsweise in Berlin für sämtliche sechs Wahlkreise in Gemeinschaft mit den Antikemiten eigene Kandidaten aufstellt, trotzdem sie auch nicht in einem einzigen Wahlkreis hat, auch nur in die Stichwahl zu gelangen. Noch mehr Geltung haben sie für das Zentrum. Die Presse dieser Partei, insbesondere auch das führende öffentliche Organ, hat immer wieder an die Gefinnungsgenossen die Aufforderung ergoßen lassen, recht zahlreiche Bahndarstellungen aufzustellen, damit namentlich die Zentrumspartei, die in hinsichtlich der Mandate an der Spitze steht, auch bezüglich der Stimmensiffer die Sozialdemokratie übertrag, die bei den letzten allgemeinen Wahlen bei weitem an der Spitze stand. Dieser Aufforderung scheint auch im großen Maßstab Nachdruck gegeben zu werden. Das Zentrum will in Sachsen schließlich vorgehen, trotzdem es dort in seinem einzigen Wahlkreis auch nur die beherrschenden Ansichten hat und trotzdem gerade im Königreich Sachsen die Sozialdemokratie nahezu schon Wahlfreie errichtet gefunden. Auch in Berlin geht das Zentrum schließlich vor, trotzdem auch hier die Sozialdemokratie sämtliche Wahlkreise gefehdet und trotzdem erfahrungsgemäß das Zentrum in Berlin eine Stimmensiffer erhält, die in einem betrüblichen Verhältnis zu der nicht unbeträchtlichen Zahl der wahlberechtigten Wähler steht. Die Zentrumspresse macht übrigens gar kein Hehl daraus, daß es ihr keinerlei Sorge macht, durch die Politik der Bahndarstellungen die Sozialdemokratie zu fördern. So führt beispielsweise das offizielle hessische Zentrumorgan die Möglichkeit aus, daß dann der Aufstellung einer eigenen Zentrumskandidatur in Kreise Wähler-Schönbach die Stelle des demokratischen Bewerber der Sozialist in die Stichwahl kommen könnte, und es bebaut nicht etwa diese Möglichkeit, sondern es triumphiert darüber.

Den Reform an Bahndarstellungen schließt wohl aber die national-sozialistische Partei. Diese Partei stellt eine Anzahl von Kandidaten auf, die in ungelungenen Verhältnissen sich zu der Antikemiten der Partei. Dabei bevorzugt auch sie gerade solche Wahlkreise, in denen dann der dadurch hervorgerufenen Verschlechterung der Sieg der Sozialdemokratie gewiß ist. So ist in dem bei den letzten allgemeinen Wahlen der Sozialdemokratie wieder in die Hände gefallenen Wahlkreis Siedow der Versuch, eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur aufzustellen und durch die den Wahlkreis zurückzuerobieren, an dem Widerstand der National-Sozialisten scheiterte. Auch in Hamburg haben sich die National-Sozialisten der Einigung der bürgerlichen Parteien nicht angeschlossen, sondern sie stellen ihren Führer, den Barver Mannmann, auf, der wohl übermütig die „aufgehobene“ als Kandidatur sein wird, aber trotzdem nicht in den Reichstag gelangen dürfte. Die altbekannte Tatsache, daß das schlechte Beispiel auf andere wirkt als das gute, bewährt sich eben auch bei den Bahndarstellungen.

Politisches.

* Unter Zugzwang auf die in der letzten Zeit in Amerika im Tage getretenen deutsch-feindlichen Kundgebungen schreibt, wie dem „F.“ aus New York gefabelt wird, die „New York Times“ aus Washington:

Die in letzter Zeit aufgetretenen Zeichen des Wiederankommens von Mißverständnissen und über verordneten Ausfertigungen, welche die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika betreffen, haben der Regierung Anlaß zu einiger Unruhe aber deren mögliche Folgen gegeben. Auf Antrieb des Präsidenten Roosevelt soll alles daran gesetzt werden, der sogenannten „Deutschensache“ in gewisser amtlichen Kreisen Einhalt zu tun. Die Absicht Roosevelt ist, Deutschland zu beweisen, daß die Kundgebungen des Wunsch des Deutschen Reichs, mit den Vereinigten Staaten auf dem Fuße vollständiger Freundschaft zu stehen, von diesen gewirkt werden, und daß man ihnen mehr als die Hälfte des Weges entgegenkommen wolle. Die gestern aus Washington erhaltenen Berichte führen zu dem Schlusse, daß Roosevelt dem Kabinett bekannt gab, daß er nicht länger die Welt, um einen Teil der untergeordneten Beamten der Vereinigten Staaten zu sehen, unter den Amerikanern den Eindruck hervorzurufen, daß Deutschland der Feind der Vereinigten Staaten ist. Dagegen sein sehr dahingehender Beweis vorlag, ist es doch erlaubt, aus dem, was bekannt, den Schluß zu ziehen, daß Roosevelt seit seiner Ankunft in Washington Anweisungen oder Antrügen in Bezug auf die Beziehungen von Regierungsoffizieren gegeben hat, welche bezwecken, in Berlin den Eindruck hervorzurufen, daß die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland argwöhnisch seien. Daß die deutsche Presse in hohem Grade für die Mißverständnisse verantwortlich ist, ist die in amerikanischen amtlichen Kreisen herrschende Ansicht; aus glaubt man, daß die Vereinigten Staaten Grund zur Besorgnis hätten wegen der Art, in der ihre Abteilungen in deutschen Blättern häufig dargestellt seien. Die Regierung wird alles tun, was die Wiederkehr von Mißverständnissen zu verhindern, die, wie unbedeutend sie an sich sein mögen, geeignet sind, eine erschreckende Menge an unfreundlicher Stimmung zu wecken. Was gegen die Regierung auf dem erdrückenden Maßstab der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu bewahren, und daß sie nicht bloß auf den äußeren Eindruck berechnet sein sollte.

Es wäre nur zu wünschen, daß der gute Wille des Präsidenten mächtig genug ist, um die Tat herbeizuführen. Deutschland und Amerika haben so viele sich bedingende Interessen, daß die

The Pearl of all

Berlin — Schöneberg
München, Darmstadt

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58.

Erstes und vornehmstes

Herren - Ausstattungs - Geschäft

Deutschlands.

Eröffnung Donnerstag den 23. April.

Königl. Preuss. Lotterie.
Zur am 24. d. M. bestimmten Schluss-Ziehung 4. Kl.
haben wir
Kauflose abzugeben: 1/4 192 Mt., 1/8 96 Mt.,
1/16 48 Mt.
Die Königlichen Lotterie-Einnehmer:
Burchardt, Frenkel, Herrmann, Lehmann.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich am
1. April d. Js. die

zahnärztliche Praxis

des Herrn Dent. **Lebuhn**, Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 56, über-
nommen habe. Meine Sprechstunden sind:
Wochentags von 9-1 Uhr vorm., 3-6 Uhr nachmittags,
Sonntags von 9-12 Uhr mittags.

Ich bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auf
mich geneigtest übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll

Rich. Schenk, prakt. Dentist,
Gr. Ulrichstrasse 56, II. Etg.

Schroedel & Simon,

Buch- und Kunsthandlung,
Gr. Ulrichstrasse 46.

Hierdurch beehre ich mich höchlichst anzuzeigen, dass ich am 1. d. Mts. die
Buch- und Kunsthandlung

Schroedel & Simon, Gr. Ulrichstr. 46,
käuflich erworben habe und in solidester Weise weiterführen werde.

Mein eifrigstes Bestreben soll es sein, den guten Ruf der alten, im Jahre 1792
gegründeten Firma zu erhalten, und bitte ich, das derselben bisher in so reichem
Masse geschenkte Vertrauen auch auf mich gütigst zu übertragen.
Indem ich mich der angenehmen Hoffnung hingebende, dass es mir gelingen
möge, durch reelle und pünktlichste Bedienung nicht nur die zahlreichen
alten Freunde der Firma zu erhalten, sondern manche neue Gönner zu ge-
winnen, empfehle ich mich einem geneigten Wohlwollen bestens.
Hochachtungsvoll

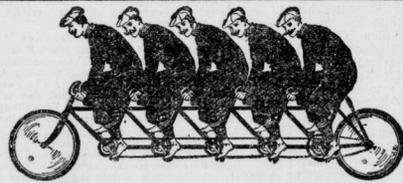
Ernst Pegenau,

i. Fa.: **Schroedel & Simon, Gr. Ulrichstr. 46.**

Den geehrten Einwohnern der Stadt Schafstädt und Umgegend die er-
gebene Mitteilung, das ich Unterzeichnete hier am Orte niedergelassen hat
und empfehle ich zur Ausführung sämtlicher einfacher und moderner
Fenster, Türen usw., Anstriche von Wänden in Gelb u. Rotfarbe. Aus-
führung moderner Möbelaufsätze, Kirchenreparaturen usw., feiner Ver-
goldung von Grabsteinen, Gedenksteinen etc., Restaurierung von Antik-
möbeln, Schützen usw., Regen von Eisenblech in Zimmern und Treppen,
sowie Restaurierung von Türen usw., Ausbesserung von Kirchen, Men-
den und Zubehörfen.
Zu jeder u. taufellose Arbeit zu den billigsten Preisen.
Mit der Bitte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen,
aidnet

Otto Himmeler, Dekorationsmaler,
Schafstädt, Vorhof zum Deutschen Kaiser.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Fritz König in Halle.



„Superior“ Fahrräder

sind auch für die Saison 1903 unbedingt die besten
und dabei erstaunlich billig! Haben Sie Bedarf
in Fahrrädern u. Fahrrad-Zubehörteilen, so fordern
Sie meinen **Hauptkatalog**, der Ihnen kosten-
los zugesandt wird und Ihnen Auskunft giebt, wie
vorteilhaft billig Sie bei mir kaufen!

Haus Hartmann,
— Eisenach 15. —

Zur **bautechnischer Arbeiten** empfiehlt
Halle a. S., **H. Künzel, Maurermeister.**
Merseburgerstraße 20 b.

Vertr. Carl Fiedler,
Halle, Steg 10.

Ich nehme nur



Man achte auf die Firma!

für Küche
u. Haus,
Hotels,
Restaurants,
Fabriken,
Werksstätten,
unentbehrlich.

Vertr. Carl Fiedler,
Halle, Steg 10.



Zucker- und Wagenkranken

wird von ersten ärztlichen Autoritäten
Linke's Aleuronat-Gebäck
empfohlen, sowie Aleuronat-Nähr-Zwieback
für Kinder und Gefunntensenten. Die Fabrikation
steht unter ständ. Kontrolle des vereidigten Nahrungs-
mittel-Genießers Dr. Willh. Lein.
Paul Linke's Aleuronat-Gebäck-Fabrik
Halle a. S., Leifnitzstr. 1.

Halle. Druck und Verlag von Otto Dendel.

22,50 Mass-Anzüge.

Durch vorteilhafte Einkäufe bin
ich in der Lage, billiger wie jede
Konkurrenz

**Anzüge nach Maß
für 22,50 Mk.**

zu liefern.
Bekannt gute Verarbeitung u.
beliebter Stoff wird garantiert.
Es liegt also in jedem Mannes Inter-
esse, sich mein Stofflager anschauen,
was — ohne Kaufzwang — gern
möglichst wird.

G. Paul,
Gr. Ulrichstr. 21, 1. Etz.,
Zeitzersauna.

Photographie

**Benckerl, Große Meiß-
straße 29,
13 St. Vitbilder Mt. 4,50
„Kabinetbilder Mt. 12**

Otto Töpfer, Roter Turm,
hält fortwährend großes Lager in
Sektflaschen, Weinflaschen, Feinwe-
inflaschen und Sandflaschen zu sehr
billigen Preisen.

**Hilse gegen Bluthoch, Magen,
Gondura, Pines, Ven 12**

Auktionen.

Auktion.
Donnerstag den 23. ds. nachm.
2 Uhr verleihere ich Gehlitz 39
feinmütig weißbleibend neuen Barock-
2 1/2 Met. Tisch, 15 Stühle, Sofa,
11. Lehnstuhl, 2 Lein. Bierdruck-
abstrahl., Geschloß, Petroleum-
abstrahl., Kleider etc.
Die Sachen sind gebraucht und
von 12 Uhr ab zu besichtigen.
**Ernst Stemmler, Gr. Wall-
str. 46, II.**

Auktion.
Freitag den 24. April 1903
vormittags 11 Uhr verleihere ich
auf dem Gaerblas Waagbeur-
straße 55 verschiedn. — für Medizinus
den es anrath —
2 Waag, 3024 mm beh. ff. Bretter
gegen Weinflaschen und Porzellan.
Kanneberg,
Gerichts- und Auktioneer in Halle S.

Mit 2 Beiblättern.